

2469/J XX.GP

der Abgeordneten Doris Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend der österreichisch-türkischen Beziehungen

Die ständig steigenden Spannungen zwischen der türkischen Regierung, der Armee und islamischen Gruppen lassen für die ungelösten politischen Fragen in der Region kaum Hoffnung aufkommen. Um so dringender scheinen die gute Dienste der Staatengemeinschaft zur Vermittlung im griechisch-türkischen Konflikt, in der Zypernfrage, aber auch zur Lösung des Kurdenproblems. Auch die militärischen Angriffe auf den Nordirak im Mai 1997 machen klar, daß die Türkei nach wie vor im Spannungsfeld von demokratischer Entwicklung und Militärdiktatur steht. Die Armee führt sowohl im eigenen Land einen Bürgerkrieg mit den Kurden und schreckt auch vor Kriegshandlungen gegen andere Staaten nicht zurück. Um so deutlicher sollte der politische Druck der EU auf die Durchsetzung und Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei ausfallen.

Amnsty international hat in seinem Bericht "Unsicher Zukunft ohne Menschenrechte" (Bonn, 1996) festgestellt: "Die Menschenrechte in der Türkei fallen nicht allein in den Zuständigkeitsbereich der dortigen Regierungen. Auch die internationale Staatengemeinschaft ist für sie verantwortlich und hat die legitime Befugnis, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen und anzumahnen." (s.S. 143)

Die guten Dienste, aber auch der diplomatische Druck der Internationalen Politik sind zur Lösung der Konflikte so notwendig wie in der Vergangenheit.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende  
Anfrage:

1. Wie bewerten Sie die jüngsten Konflikte, die im Zusammenhang mit dem Unterrichtswesen in der Türkei zwischen der Regierung Erbakan, islamischen Gruppen und der Armee entbrannt sind?
2. Erachten Sie die Involvierung der Partei von Außenministerin Ciller im internationalen Drogen- und Waffenhandel, die im vergangenen Jahr nach einem Verkehrsunfall und jetzt nach einem Gerichtsurteil in Deutschland ans Licht gekommen ist, als Problem im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen zur Türkei?
3. Wie schätzen sie die Menschenrechtsentwicklung im vergangenen Jahr ein, auch angesichts dessen, daß Amnesty international in einer weltweiten Kampagne die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt hat?

4. Hat die österreichische Bundesregierung im vergangenen Jahr konkrete Initiativen in der EU ergriffen, um die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei einzufordern?
5. Welche Aktivitäten haben Sie Herr Außenminister bisher gesetzt, um die Menschenrechtspolitik der Türkei bilateral oder in anderen internationalen Organisationen zu thematisieren? Hat die Bundesregierung weitere Schritte des Protestes gesetzt?
6. Hat der österreichische Botschafter in Ankara konkrete Aufträge erhalten, in Fragen der Menschenrechtspolitik, der Zypernpolitik und des Umganges mit der Kurdistanfrage Aktivitäten zu setzen und welche?
7. Nachdem Sie zuletzt festgestellt haben, "daß die Kurdenfrage nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden kann" (AB 61 1/XX.GP), haben Sie gegen die Luftangriffe der türkischen Armee im Nordirak, die am 12. Mai 1997 erneut begonnen haben, diplomatischen Protest eingelegt?
8. Hat das Außenministerium im Lichte Ihrer Aussagen, daß nur ein "möglichst umfassender politischer Dialog", die "Voraussetzung für eine politische Lösung" (AB 61 1/XX.GP) des Kurdenkonfliktes darstellt, diplomatische Bemühungen unternommen, einen politischen Dialog der Konfliktparteien in Gang zu setzen?
9. Welche Schritte gegen den Bürgerkrieg in Kurdistan hat die österreichische Bundesregierung im vergangenen Jahr unternommen?
10. Werden Sie die Empfehlungen, die amnesty international im Zusammenhang mit der Menschenrechtssituation in der Türkei an die internationale Staatengemeinschaft gerichtet hat, in Zukunft verstärkt berücksichtigen? Wenn ja, in welcher Form wollen sie diese Empfehlungen umsetzen?
11. Wie entwickeln sich die österreichischen Handelsbeziehungen mit der Türkei?
12. Wieviele Bewilligungsanträge für welche Mengen von Waffentypen hat es 1996 auf Ausfuhr oder Durchfuhr von Kriegsmaterialien in die Türkei gegeben, zu denen das Außenamt eine Stellungnahme abzugeben hatte?